



Niederschrift

3. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Oktober 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 12 der Tagesordnung: Karlsruher Hausbesuche - Weiterführung des Angebots Vorlage: 2024/0912

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung des Zuschusses für das Projekt Karlsruher Hausbesuche ab dem Haushaltsjahr 2025 in Höhe von jährlich 52.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (38 Ja, 9 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 12 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss am 2. Oktober 2024.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Zu diesem Punkt zu sprechen, macht mir wirklich Freude, denn es war schon im Sozialausschuss schön zu hören, dass das Angebot gut angekommen ist und gut angenommen wird und unsere älteren Bürger*innen tatsächlich unterstützt. Das Projekt ist präventiv angelegt und hilft, dass ältere Menschen möglichst lang, möglichst ohne oder mit niedriger Pflegestufe in einer eigenen Wohnung zurechtkommen. Es geht also im Kern um die Würdigung des Wunsches älterer Menschen nach Selbstbestimmung und Selbstständigkeit.

Ergänzend gesagt, diese Selbstständigkeit ist umso besser in einer weniger großen und zumindest zugangsfreien Wohnung möglich. Das heißt, ideal wäre das Angebot, mit einer weiteren halben Stelle auf alle Stadtteile auszudehnen. Darüber müssen wir im Doppelhaushalt beraten, und gleichzeitig mehr Wohnungen anbieten, die man mit Rollator verlassen kann und wo man auch wieder reinkommt. Auch hier müssen wir aktiver werden, und dann passt beides nämlich gut zusammen.

Dieser zunächst grüne Antrag wurde von einigen Fraktionen einige Zeit nicht gerade begrüßt. Wir hatten weniger Bedenken und waren auch gut und solide informiert. In Ulm und in zwei anderen Orten hatte es schon ein Pilotprojekt lange vor uns gegeben, oder ein

paar Jahre jedenfalls, mit sehr ausführlicher Evaluation. Wir dachten nicht, dass die Ulmer Bevölkerung jetzt so total anders ist. Dort in Ulm ist das gleiche Ergebnis wie in Karlsruhe erfolgreich. Hoher Beratungsbedarf, viele einfache, aber wichtige Infos zur Gesundheitskompetenz kennen die Menschen nicht. Die älteren Menschen freuen sich, dass sie nicht vergessen sind in Ulm und Karlsruhe, was uns die Dankesbriefe an den OB und an Bürgermeister Lenz zeigen.

Logisch nachvollziehbar ist es, dass die Wirkung der präventiven Hausbesuche Ersparnisse der Stadt mit sich bringt. Prävention hilft, dass stationäre Pflege später oder gar nicht benötigt wird und die Stadt hier weniger Kosten hat. Wunderbar, dass die Gelder für das Projekt in einer interfraktionellen Initiative im letzten Doppelhaushalt beantragt wurden. Der Gemeinderat und die Stadt zeigen damit, dass ihnen die ältere Generation wichtig ist, und der Sperrvermerk wird hoffentlich aufgehoben.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Der Sperrvermerk wird auch von unserer Seite gerne aufgehoben. Wir waren anfangs ein bisschen skeptisch, wie es ankommt bei den älteren Menschen, ob sie dieses Angebot annehmen. Umso erfreulicher ist es, dass dieses Angebot nach Aussage dieser Vorlage hervorragend angenommen wird und viele froh sind, richtungweisende Informationen für ihr Leben im Alter zu erreichen. Die Hausbesuche können sicherlich noch optimiert werden. Im Moment spricht die Haushaltslage gegen eine weitere Ausweitung. Aber ich glaube, wir können über Arztpraxen, auch über unsere Krankenhäuser mit ihren Informationsangeboten oder auch über die Wohnungsbaugesellschaften aktiv auf Bewohnerinnen und Bewohner zugehen und sie auffordern, dass sie auch diese Hausbesuche bekommen können.

Man muss sich selber darum kümmern. Dies heißt nicht unbedingt, dass es nur mit dem Geburtstagsschreiben geht, sondern es gibt auch andere Möglichkeiten, dies zu erreichen. Und ich glaube, da kann man kreativ noch weiterdenken.

Stadtrat Tröndle (SPD): Auch die SPD-Fraktion stimmt in das Jubiläum ein. Wir finden die Hausbesuche ein überzeugendes, ansprechendes und wirkungsvolles Angebot und sagen herzlichen Dank an das Seniorenbüro und die paritätischen Sozialdienste für die tolle Umsetzung. Die Hausbesuche sind für uns ein Paradebeispiel für eine vorausschauende Sozialpolitik, die Karlsruhe leistet, die agiert und nicht reagiert. Angesichts des demografischen Wandels und der steigenden Anzahl von Single-Haushalten, gerade auch in der älteren Generation, Stichworte Altersarmut, Einsamkeit, kann dieses Angebot die Initialzündung für mehr Lebensqualität und Teilhabe der Menschen sein, und es ist vor allem sehr wertschätzend. Und dass es so gut angenommen wird, das ist ein richtiger Volltreffer.

Die 52.000 Euro sind ein Klacks vor dem Hintergrund des Wirkungsgrades der Hausbesuche für die Menschen selbst, wie auch, Kollegen haben es auch gerade angeschnitten, für den Stadtsäckel. Denn dadurch entfallen Kosten etwa für Hilfe, für Pflege. Wir sind natürlich für die Aufhebung des Sperrvermerks und werden zu gegebener Zeit auch darüber nicht nur beraten, sondern uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir dieses Angebot mit den hier angegebenen weiteren 1,5 Stellen, weiter angehen wollen. Denn es ist vorausschauend auch für uns, die wir noch alle hier sitzen. Alter trifft jeden, Einsamkeit kann auch jeden treffen. Wir finden es ein super Angebot und stimmen heute der Aufhebung des Sperrvermerks gerne zu.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir haben diesen Punkt in unserer Fraktionssitzung diskutiert, und am Ende sind wir übereingekommen, bei unserer bisherigen Position zu bleiben. Ich erinnere an die mit Elan vorgetragene Redebeiträge unserer betroffenen Kollegen Ellen Fenrich oder Tom Høyem in der letzten Debatte zu diesem Thema, die sich als Betroffene sehr dagegen gewehrt haben, weil sie das Gefühl haben, bevormundet zu werden. Sie sind der Meinung, sie können sich die Informationen selber holen. Herr Dr. Müller hat vorher eine ganze Reihe von Institutionen genannt, wo man diese Informationen auch kriegen könnte, zum Beispiel in Arztpraxen, zum Beispiel beim Hausarzt. Aus unserer Sicht ist es nicht notwendig, dass von der Stadt tatsächlich noch jemand loszieht und dann Menschen aufsucht, einfach nur, weil sie ein gewisses Alter erreicht haben.

Dazu kommt noch, dass die Stadt der Meinung ist, dass das Geld dafür nicht reicht und dass nur ein Drittel aufgesucht werden kann. Das heißt, wir wissen dann nicht einmal mehr, wer dann aufgesucht wird. Es ist also letztendlich alles der Verwaltung überlassen, was beraten wird, wer aufgesucht wird. Und das alles zusammen passt uns nicht. Deswegen lehnen wir es ab, und wir stimmen auch gegen die Aufhebung des Sperrvermerks.

Stadträtin GeiBinger (Volt): Erst einmal möchte ich den Vorrednern zustimmen. Dieses Projekt ist sehr erfolgreich. Wenn handgeschriebene Briefe ins Dezernat eintrudeln, dann glaube ich, weiß man, dass man etwas richtig gemacht hat. Die Dankbarkeit, die entgegenkommt, sagt uns auf jeden Fall, wir sollten weitermachen. Wir sprechen die Bürger*innen genau auf die Weise an, wie sie angesprochen werden wollen. Von Bevormundung kann hier beim besten Willen nicht die Rede sein. Wir reden hier von einem Angebot, das gerne angenommen wird. Niemand muss auf diese Briefe antworten. Ich finde, das ist eine super Möglichkeit, auch einmal darüber nachzudenken, weil offensichtlich nicht nur auch ältere Menschen sich im Stich gelassen fühlen, wie wir diese Menschen erreichen, welche Wege müssen wir einschreiten auch als Stadtverwaltung, um Menschen, die sich alleine und alleingelassen fühlen, besser aufzufangen. Ich finde alleine zum Beispiel die Tatsache, dass hier mit mehrsprachigen Flyern gearbeitet wird, weil ein Drittel der in Anspruch Nehmenden einen Migrationshintergrund haben, zeigt, es gibt Mittel und Wege, Menschen zu erreichen, wo man sonst häufig sagt, ist schwierig.

Gerade die junge Generation, das haben jetzt auch viele Statistiken bewiesen, fühlen sich oftmals alleine und einsam. Das ist kein Problem, was man nur bei den Älteren zu finden vermag. Und noch ein Punkt dazu, wir reden hier von 52.000 Euro. Da haben wir bei Weitem schon mehr Geld für andere Dinge ausgegeben, und es ist eine Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist ein einmaliges Gespräch in den meisten Fällen, und danach können diese Menschen sich selbst helfen mit Flyern und Informationen. Da frage ich mich wirklich, wo da die Kritik sein kann. Wir können nur raten, den Sperrvermerk aufzuheben und auch eine Ausweitung zu eruieren. Soziale Kontakte wurden immer wieder angesprochen, dass noch mehr Informationen gewünscht werden. Auch das könnte man in Angriff nehmen. Die Demografie ändert sich, und wir müssen da mitgehen. Wir werden mehr ältere Menschen haben, die solche Angebote vermutlich auch in Zukunft gerne nutzen, weil sich einfach zeigt, viele wohnen alleine. Wir werden der Sperrvermerk-Aufhebung definitiv zustimmen.

Stadträtin Döring (KAL): Wie Sie wissen, stand unsere Fraktion in der letzten Wahlperiode der Idee der Karlsruher Hausbesuche skeptisch gegenüber. Groß war die Sorge, dass sich die angesprochene Personengruppe bevormundet fühlen könnte. Diese Sorge hat sich als unbegründet erwiesen, und wir freuen uns, dass die Karlsruher Hausbesuche positive

Resonanz erfahren. Sie werden als Angebot wahrgenommen, als eine besondere Wertschätzung. Die Rückmeldung, dass über die Hausbesuche Unterstützungsleistungen bekannt gemacht, Perspektiven eröffnet und konkrete Hilfen vermittelt werden, unterstreicht, wie wichtig die Fortführung des Angebots ist. Unsere komplette Fraktion stimmt heute der Aufhebung des Sperrvermerks zu.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Herr Tom Høyem, der oben gerade auch ist, so wie auch ich, wir waren skeptisch bei dem Antrag. In der Tat war die Sorge, dass ältere Menschen tatsächlich diskriminiert werden. Aber dieses Angebot ist freiwillig und hat sich bewährt. Insofern können wir sagen, es ist ein gutes Angebot. Den Sperrvermerk aufzuheben, ist sinnvoll.

Dennoch, an dieser Stelle möchte ich es betonen, wir haben jetzt eine 50-Prozent-Stelle, die ein Drittel der Stadt sozusagen abdeckt. Das auszuweiten, würde ich sehr empfehlen, dass wir auf Ehrenamtlichkeit gehen. Wir können Leute ausbilden, fördern, dass sie das selber tun können. Wir dürfen nicht alles professionalisieren, was immer zusätzliche Stellen kostet. Deswegen ist es durchaus möglich, das direkt im Stadtteil zu verorten und dadurch die Menschen vom Stadtteil dafür zu gewinnen, dass auch diese Besuche von den Menschen des Stadtteils gemacht werden. Deswegen ist es eine gute Sache, aber die Ausweitung, glauben wir, sollte auf ehrenamtlicher Basis erfolgen.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Entscheidung über die Aufhebung des Sperrvermerks, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Oktober 2024